

# Mitteilungen für Maunhof

## und Umgegend

(Albrechtsheim, Hammelshain, Venha, Vorsdorf, Eicha, Ermannshain, Fischbach, Groß- und Kleinsteinkirch, Rütinga, Rötha, Lütharz, Sonnen, Stauditz, Threna usw.)  
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Maunhof.

Erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr  
für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 4.—, ½ Monat Mk. 2.—,  
ohne Illustration, Post einfach, der Postgebühren Mk. 12.75. Im Falle höherer  
Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezieher  
keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Worbezeitungspreis: Die gespaltene Korpusseite 50 Pf., ausserdem 1.— Mk. und  
einer Teil Mk. 2.—. Reklameseite Mk. 2.—. Beilagegebühr pro Hundert Mk. 2.—.  
Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vor dem Tag des Erscheinungstages,  
früher noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Anträge entgegen.  
Bestellungen werden von den Ausstellern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Druck und Verlag: Günz & Gute, Maunhof bei Leipzig, Markt 2.

Gebrauch: Unt. Maunhof Nr. 2.

Nummer 134

Freitag, den 11. November 1921

32. Jahrgang

### Sparkasse der Vereinsbank Maunhof in Maunhof.

Tägliche Verzinsung der Einlagen mit 4%.  
Übertragungen durch unser Postscheckkonto Leipzig  
No. 10 783 spesenfrei. — Geschäftszelt 9—1 Uhr.

#### kleine Zeitung für eilige Leser.

\* Die Reichsregierung hat dem Gelegenheitsfonds über die Beschränkung des Handels mit Devisen, fremden Geldsorten und Banknoten ihre Zustimmung erteilt. Auch die preußische Regierung stimmt zu.

\* Der Deutsche Beamtenbund fordert die sofortige Weiterführung der Bevölkerungsreform zur Anpassung der Gehälter an die neue Geldentwertung.

\* Rittergutsbesitzer von Tieckmann hat sich auf Grund der bestehenden Bestimmungen an den Völkerbund gewandt zum Schutz gegen die ungerechtfertigten Belästigungen deutscher Güter in Polen und Pommern.

\* Der französische Aufbauminister Loucheur ist vom Ministerpräsidenten Briand zur Abstimmungsonsetzen nach Washington berufen worden.

\* Die französische Postverwaltung will für jedes der deutschen Posthäuser, die zum Preise von 10 000 Franken für den Wiederaufbau geliefert werden, einen Zoll von 13 000 Franken erhöhen.

\* Nach einer unbestätigten Pariser Meldung will die Reparationskommission von der deutschen Regierung sofort 100 bis 200 Millionen Goldmark als Vorschuss auf die Januarrate fordern.

\* Der 9. November ist zum 20. Dezember in Moskau anberaumt worden.

### Städte in Not.

Man kann eine Doktorarbeit schreiben lassen über die Frage, an welchen Stellen in Deutschland die Finanznotte unserer Lage am drückendsten empfunden wird: im Reich, in den Ländern oder in den Gemeinden. Jedenfalls drohen die Gemeinden, als die Kleinsten dieser öffentlich-rechtlichen Gebilde, dem schweren Druck der Zeit am ersten zu erliegen. Seit Jahr und Tag suchen sie die Auflernauigkeit des Volkes und der gesetzgebenden Körperschaften auf die immer unerträglicher werdende Lage ihrer Finanzen zu lenken, ohne daß damit mehr als das übliche Hin und Her von Reden und Beratungen, von Vorwürfen und Beschlüssen erreicht würde, das niemandem wehe tut, aber auch niemandem zu helfen vermag. Heute aber, da sie das unheimliche Galoppierend unserer Entwicklung innerhalb zweier, drei Monaten unmittelbar an den Rand des Zusammenbruches gebracht hat, versuchen sie zu retten, was noch zu retten ist.

Der Deutsche Städtetag tritt Ende dieser Woche in der Reichshauptstadt zu einer außerordentlichen Tagung zusammen, um den Reichsbehörden die zweigleiche Notwendigkeit vor Augen zu führen, den Städten in ihrem Finanzjammer mit durchgreifenden Mitteln zu Hilfe zu kommen. Unglücklicherweise fällt aber dieser Alarmruf zeitlich mit dem niedrigsten Tiefstand der Reichskassen zusammen. Das Reich ist eben im Begriff, allein seine Ausgaben für Beamtengehälter und Angestellten- und Arbeitnehmer um Dutzende von Milliarden zu erhöhen, ohne dafür im wesentlichen andere Deckungsmöglichkeiten zu besitzen als eine noch mehr gesteigerte Produktionskraft der Industriepressen. An allen Ecken und Enden wachsen die Ausgaben, während die 40 bis 45 Milliarden neuer Steuereinnahmen, die das Wirtschaftssteuerbrett bringen soll, von den Bedürfnissen des Reichsfädelmeisters längst überholt sind. Es sei hier nur an die vom Reichskanzler schon vor vielen Wochen angekündigte Hilfsaktion zugunsten der kleinen Rentner erinnert, die bis jetzt noch nicht einmal bis zu einer Vorlage an den Reichsrat oder an den Reichstag gediehen ist. Ob die Städte unter diesen Umständen vor die rechte Schmiede gehen, wenn sie in erster Reihe einen vermehrten Anteil an den ihnen zur Einziehung überwiesenen Einnahmen aus der Einkommenssteuer beanspruchen, muß mehr als fraglich erscheinen.

Freilich, so wie die Dinge jetzt liegen, können sie unbedingt bleiben. Hat doch der Stadtkämmerer von Berlin diefer Tage offen erklärt, daß die Stadt Berlin die Einkommenssteuerbeträge, die sie für das Reich eingezogen hat, einfach einbehält, weil sie sonst nicht in stande wäre, ihre laufenden Ausgaben zu decken. Die Stadt habe auch in diesem Sommer die Einlagen der Sparkasse über das zulässige Maß von 35 Prozent hinaus in Anspruch genommen. Seine Entschuldigung geht nur dahin, es habe sich lediglich um eine vorübergehende Maßnahme gehandelt. Man hat auch in den letzten Monaten genugsam erfahren müssen, wie schwer es ist, den Kredit selbst einer so großen Gemeinde wie Berlin aufrecht zu erhalten, wenn ihre Einnahmen und Ausgaben in einem wachsenden Widerhältnis zueinander stehen und wenn weiterhin, was vielleicht noch wichtiger ist, die Kommunalpolitik vielfach nach rein politischen Gesichtspunkten eingerichtet wird. „Wir wollen nicht unter Geld nach Berlin geben, denn wir wissen nicht, ob wir es wieder bekommen.“ belam der Stadtkämmerer immer wieder zu hören, wenn er über kurzfristige Anleihen mit den Geldgebern von früher verhandelte. Er will seine Zuflucht übermals zu neuen Steuern nehmen, zu einer erheblicheren Ausgestaltung der Gewerbesteuer, einer Flächen-

und einer Polizei, umgelegt auf die benutzten Flächen größerer Unternehmungen, bzw. auf die Anzahl ihrer Angestellten. An die Notwendigkeit der Einschränkung aller Ausgaben werde man sich unbedingt gewöhnen und auf vieles verzichten müssen, was noch vor kurzem als selbstverständlich galt. Die Reinlichkeit in öffentlichen Gebäuden und auf Straßen und Plätzen werde nachlassen, die sozialen Einrichtungen würden eingeschränkt werden. Einen Zugus an neuen Krankenhäusern und Schulen könne man sich nicht mehr leisten, werde vielmehr froh sein müssen, sich das erhalten zu können, was man besitzt.

Auch der Berliner Oberbürgermeister sprach von einer trostlosen finanziellen Lage. Die deutschen Städte seien am Ende ihrer Kräfte, der Zustandsbruch unvermeidlich, wenn die Reichsregierung nicht schnell und tatsächlich eingreife. Es sei absolut nicht mehr möglich, für die riesengroßen Summen zur Erhöhung der Beamten- und Angestelltenbezüge, der Arbeiterlöhne und wirtschaftlichen Beihilfen aufzukommen. 480 Millionen seien für diese Dinge allein schon im laufenden Berliner Etat, und 70 bis 80 Millionen seien darüber hinaus noch für bereits zugestandene einmalige Wirtschaftsbhilfen benötigt. Gebühren für Gas, Wasser und Elektrizität, die Tarife für die Straßenbahn usw. könnten nicht von Monat zu Monat erhöht werden, ohne die Bevölkerung über alles Maß hinaus zu belasten. Wir gehen einem höchst bedeutenden Winter entgegen. Die politischen Folgen, die eintreten müssten, wenn nicht Hilfe komme, seien unabsehbar. Schon liegen sich wieder einmal bedrohliche Zeichen von Unruhen, nicht nur in Berlin, sondern auch in anderen großen Städten und namentlich in den Industriezentren beobachten. Das Reich dürfe die Dinge so nicht weiter lassen lassen, und es müsse, da es selbst gleichfalls in größter Not schwäche, unbedingt bei der Entente nachdrücklich auf eine Herabminderung seiner Belastung durch Reparationsleistungen und Besatzungskosten hinwirken. Einen anderen Weg zur Rettung gebe es nicht.

### Trüber Ausblick.

(Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter). Berlin, 9. November.

Die erste Lesung der großen Steuergesetze im Reichstag ist beendet, sämliche Entwürfe sind den besonders gebildeten drei Ausschüssen überwiesen worden, wo die eigentliche Steinarbeit der Prüfung jeder besonderen Bestimmung ist. Nach einigen Wochen wird der Reichstag sich wieder in seiner Gesamtheit mit diesen Vorlagen zu beschäftigen haben, um sie endgültig zu verabschieden. Wie aber wird sich bis dahin die politische Lage verändert haben? So fragt man sich schon jetzt mit der bangen Befürchtung, daß der riesigen Komplex dieser Steuern vielleicht schon als unzulänglich und überholt zum alten Eisen geworden und durch neue weit schwärmere Entwürfe ersetzt werden muss, noch ehe er in Kraft getreten ist. Der Verlust Österreichs und der damit verbundene Verlustverlust des deutschen Geldes haben so starke wirtschaftliche und finanzpolitische Erschütterungen zur Folge gehabt, daß augenblicklich gar keine Möglichkeit besteht, eine sichere Rechnung über Einnahmen und Ausgaben auch nur auf einige Monate hinaus aufzustellen.

Die allgemeine Betrachtung der Finanzlage und die Beurteilung der Zukunftsaussichten war es daher auch vor allem, die bei der großen Steuerdebatte vor der Einzelprüfung im Vordergrunde stand. Dabei ergab sich, zusammenfassend gesagt, eine Art Zweiteilung der Meinungen. Während man auf der linken zwar auch mit schweren Sorgen in die Zukunft blickt, jedoch die Möglichkeit einer Gesundung nicht für ausgeschlossen ansieht, wurde von den beiden Rednern der Rechten, Hessen und Westfalen-Hessen, die beide ehemalige Finanzminister waren, klar gezeigt, daß die augenblickliche Finanzlage kaum noch einen Ausweg aus dem Chaos erkennen läßt und daß ein Fortschreiten auf den bisherigen Bahnen unschätzbar zum Untergang führen muß. Es ergab sich bei dieser Aussprache auch diesmal wieder der eigentlich berührende Zustand, daß besonders Hessen sich, den die erditterte Feindschaft von den Sozialisten scheidet, auch von seinen Gegnern trotz bestiger Zusammenstoße dennoch mit voller Aufmerksamkeit angehört wurde. Wenn er darauf hinweist, daß in Deutschland heute fast auf jeden dritten Bürger ein Staatsdienst kommt, und wenn er begründete, warum wir nach seiner Ansicht mit der geplanten Kredithilfe der Industrie höchstens eine Atempause von einigen Monaten erreichen würden, so konnte man sich der Beweiskraft seiner Ausführungen nirgends im ganzen Hause entziehen. Er prophezeite nichts Geringeres, als daß wir über kurz oder lang zu österreichischen Zuständen kommen müßten und daß Arbeitslosigkeit und Hunger das Volk zur Vergewaltigung treiben würden. Er blieb aber nicht bei der Kritik stehen, sondern schloß seine große Rede mit einem positiven Ratschlag, indem er die Regierung aufforderte, die Bilanz des Deutschen Reiches der Entente offenzulegen, und von dem Recht des § 134 des Friedensvertrages unverzüglich Gebrauch zu machen, der eine Nachprüfung der deutschen Leistungsfähigkeit vorsieht.

Etwas wirklich Überzeugendes konnte kein anderer Redner gegen diese Darlegungen Hessenrichs erwidern, auch der Finanzminister nicht, der am Schlusse der Debatte noch folgende, Mitteilungen über die deutschen Goldzählungen machte: Über die Hälfte der ersten Goldmilliarde, nämlich rund 550 Millionen Goldmark, sind in der Zeit

vom 1. Mai bis 31. August 1921 durch den Ankauf von Devisen aufgebracht worden. Die am 15. November fällige Rate beträgt nach den Überangangsauflösungen der Monate Mai, Juni, Juli 275 Millionen Goldmark. Sie gilt nach Vereinbarung mit der Reparationskommission durch die bereits aktivierte Sachleistung als abgelaufen. Wegen der Abdeckung der zum 1. Januar fälligen Rate haben Verhandlungen mit dem Garantiekomitee noch keine Klärung ergeben.

### Umschwung am Devisenmarkt.

Die politischen Ursachen des Dollarsturzes.

Nach dem unerhört hohen Anstieg des Dollarurses auf über 330 ist ganz plötzlich ein erheblicher Rückgang auf 275 erfolgt, der allerdings einige Schwankungen unterlegt. Das bedeutet immer noch einen unerträglich geringen Wert der deutschen Mark, läßt aber doch erkennen, daß bestimmte politische Einstüsse wirksam gewesen sind, die diesen Umschwung herbeigeführt haben. In der Tat sind zwei Ursachen deutlich festzustellen. In erster Linie kommt die

Reise der Reparationskommission nach Berlin

in Betracht. Die Spekulation ist offensichtlich ängstlich geworden, sei es, daß sie von den Verhandlungen der deutschen Regierung mit der Kommission irgend welche Erleichterungen in der Zahlung der nächsten am 15. Januar fälligen Reparationsrate erwartet, sei es, daß sie umgedreht glaubt, die Reparationskommission werde von der deutschen Regierung irgend welche schwärmere Maßnahmen zur Erfassung der Devisen verlangen. Aber die Absichten der Entente wirken weiter beruhigend, daß die Reparationskommission von der deutschen Regierung einen sofortigen

Vorschuss von 100 bis 200 Millionen Goldmark auf die am 15. Januar fälligen Zahlungen fordern werde, und daß sie darauf dringen werde, daß diese Zahlungen eher erfolgen als weitere Gebühren aufzubringen und der Beamten- oder höhere Dividendenzahlungen an industrielle Unternehmen, an denen die Reichsregierung interessiert ist. Die Reparationskommission sei zu strengen Maßnahmen entschlossen, falls sie zu der Feststellung gelangen sollte, daß Deutschland sich seinen Schuldabflügen entziehen wolle. Man muß in diese Mitteilungen zunächst noch einige Zweifel setzen, denn eine amtliche Bestätigung liegt dazu nicht vor. Ebenfalls nichtamtlich wird ein neuer deutscher

Gesetzentwurf über den Devisenverkehr bekannt, der als zweite Urkunde für das Steigen der Mark angesehen werden muß. Der wesentliche Inhalt des Gesetzentwurfs ist folgender:

Der Handel mit Devisen, fremden Geldsorten und Banknoten soll von nun an auf die Banken gebunden sein. Die Banken sind verpflichtet, von jedem, der mit ihnen ein Devisen- oder ähnliches Geschäft eingehen will, eine genügende Legitimation zu verlangen, und einen Schlußchein auszuholen. Dieser Schlußchein muß dem Finanzamt desjenigen, der ein Devisengeldkäuf eingegangen ist, überwiesen werden. Die Finanzämter nehmen die überwiesenen Schlußscheine zu den Steueraten.

### England paßt auf!

Bedenken gegen das Wiesbadener Abkommen.

Das Abkommen zwischen Frankreich und London über die deutschen Sachleistungen an Frankreich ist, so unverkennbar der damit verbundene politische Hintergrund in die Erscheinung tritt, immerhin eine neue Basis für das deutsche Wirtschaftsleben. Das hat man auch in England sehr bald herausgefunden, wo man genau aufpaßt, daß die Franzosen nicht etwa von uns mehr bekommen als andere Alliierte. Der Bericht des britischen Delegierten in der Reparationskommission über das Wiesbadener Abkommen stellt ausdrücklich fest, daß das Abkommen würde bedeuten, daß Deutschland zu dem ihm von der Reparationskommission nach dem Friedensvertrage aufgetragenen Last noch eine neue übernommen hat. Man könnte nicht annehmen, daß die hinzutreffenden Kosten ohne Schaden für die Erfüllung der Deutschlands auferlegten Verpflichtungen ertragen werden können. Die Verpflichtungen des Zahlungsplanes seien erst im letzten Mai festgestellt worden und stellten die höchste Last dar, die Deutschland nach den vorliegenden Angaben zu tragen in der Lage sei. Schon auf die Bezahlung der ersten Rate von einer Milliarde Goldmark sei

eine hohe Entwertung der Mark eingetreten. Die Folgen des Abkommens könnten sein, daß während eines sehr beträchtlichen Zeitraumes eine Anhäufung zu gunsten Frankreichs und zum Nachteil anderer Alliierter in der Verteilung der verfügbaren Reparationsleistung zwischen den Alliierten erfolge. Dagegen seien weitere Bemühungen erforderlich, sowohl nach der Höhe wie der Zeitdauer der deutschen besonderen Leistungen für Frankreich. Aus diesem Grunde hat die Reparationskommission das Abkommen den alliierten Regierungen einstimmig zur Prüfung empfohlen.

### Ein Sparprogramm?

Einschränkung der Belastungskosten.

Es ist noch nicht so weit, aber man denkt wenigstens daran, einen Versuch zu machen. Diese Einschränkung muß man mehr oder minder bei allen Unternehmen

verauskönnen, die von der Entente zur Befreiung unserer Sache geplant werden. So auch bei den Berechnungen auf Herabsetzung der Oktupationskosten und der Unterhaltungskosten der verschiedenen Bündnisverbündeten im besetzten Gebiet. Bis jetzt liegt nur ein Kommissionsericht vor, der die Höhe der Ausgaben für das Belagungsheer festgestellt hat. Dabei ist man zu dem Ergebnis gekommen, daß die Kosten für das Jahr 1922 um 22 Millionen geringer sind als für die vergangenen Jahre. Man hat nun ein Programm aufgestellt, in dem allerdings nicht die zu ziellenden Herabsetzung der Ausgaben beziffert ist, das aber betont, daß durch gemeinsame Anstrengungen ein Erfolg zugunsten der Reparationen erzielt werden müsse.

#### Die überflüssigen Kommissionen.

Man hat ferner festgestellt, daß außer der interalliierten Oberkommission für die Rheinlande, deren Tätigkeit mit der Oktupation ausbricht, die meisten vom Friedensvertrag vorgeesehenen Kommissionen, deren Kosten Deutschland zu zahlen, ganz oder teilweise demnächst in die Arbeit eintreten werden. Man will nun dem Obersten Rat vorschlagen, die rheinische Oberkommission zu ersuchen, in einer ernstlichen Prüfung der Maßnahmen einzutreten, die die Herabsetzung der Kosten aller Kategorien von Ausgaben herbeiführen könnten, damit sie auf ein mit ihrer Mission im Einklang stehendes Minimum zurückgeführt werden könnten. Es wäre dringend zu wünschen, daß der Abbau der überflüssigen Milliardenkosten für Befreiung und Kommissionen nun auch möglichst bald in die Tat umgesetzt würde, denn gerade diese tragen in stärkstem Maße zu unserem Finanzelend bei.

### Politische Rundschau.

#### Deutsches Reich.

##### Entzufung des Völkerbundes gegen die Polen.

Dem Völkerbundsrat ist in der Note vom 20. Oktober 1921 die Prüfung aller Petitionen vorbehalten worden, in denen eine Verleugnung des zwischen den Hauptmächten und Polen am 28. Juni 1919 geschlossenen sogenannten Minoritätsvertrages behauptet wird. Damit ist auch die Möglichkeit geschaffen, die von der polnischen Regierung im Widerspruch zum Friedensvertrage in den Provinzen Posen und Pommerellen längst angeordneten Beschlagnahmungen deutschen Eigentums vor den Völkerbund zu bringen. Der bekannte Altkriegsberater Heinrich v. Tiedemann hat sich nun mehr, nachdem ihm ein Beschlagnahmeverdacht zugefügt wurde, durch seinen Reichsbeistand nach Genf an den Völkerbund gewandt. Er hat gleichzeitig die Vertretungskonferenz in Paris und die Vertreter der Garantimächte des Minoritätsvertrages von den durch die polnische Regierung begangenen Vertragsverstechungen in Kenntnis gesetzt.

##### Republikanischen Schererbund.

Der neugegründete "Republikanische Schererbund an Völkern, Mitteln und Hochschulen" veröffentlicht einen Aufruf zum Beitritt, in dem es u. a. heißt: "Wir schen in der demokratischen und sozial gerichteten Republik die einzige Staatsform, die eines gebildeten und selbstbewußten Volkes würdig ist. Sie ist zugleich die einzige, die nach dem Zusammenbruch des alten Systems unserem schwerbedrückten Vaterland den inneren Frieden zu wahren vermag und das nationale Sehnen nach Vereinigung aller deutschen Stämme im großdeutschen Nationalstaat erfüllen kann." Der Aufruf, der von einer Anzahl Universitäts-, Volk- und Mittelschullehrer unterzeichnet ist, sagt noch, daß Parteilosigkeit dem Bund fernsteile.

##### Neutralisierung beider Rheinländer in Paris verlangt.

Den französischen Senator Jarry haben die milden Abstimmungsscheine der Poincaré und Géniaux nicht ruhen lassen, die jedesmal austoben, wenn die Rede auf Deutschland kommt. Jarry erklärte im Senat, man dürfe sich durch einen falschen deutschen Bankrott nicht bedrohen lassen. Man dürfe den Bankrott nicht annehmen und müsse sich an den notdürftigen Reichstümern Deutschlands schäfeln halten. Wenn man Deutschland verhindern wolle, Frankreich den Krieg zu erklären, müsse man alle internationalen und strategischen Eisenbahnlinien beseitigen und die beiden Rheinländer neutralisieren. — Frankreich soll bekanntlich das Land sein, das nach Frieden und Menschlichkeit strebt, wie Irland in Washington behauptete. Jarry scheint davon nicht viel zu halten.

##### Aus In- und Ausland.

Dresden. Der sächsische Landtag nahm gegen die Stimmen der Bürgerlichen einen linsenförmigen Antrag an, die Regierung zu ersuchen, dem Haus einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den der 1. Mai und der 9. November zu gesetzlichen Feiertagen erklärt werden.

Gießen. Die Stadtverordnetenversammlung hörte einen Protestbeschluß gegen die Maßnahmen der Entente, die zur Einschränkung der Frankenthaler Währung bei den Gehältern für die städtischen Angestellten und erklärte, bei ihrem Widerstand verharren zu wollen.

Wien. Der Bundeskanzler und der amerikanische Kommissar haben die Ratifikationsurkunden des amerikanisch-österreichischen Friedensvertrages ausgetauscht, der damit in Kraft tritt.

Paris. Die Gentlemen von Montreuil haben einen gewissen Herrn verhaftet. Man vermutet, daß es sich um einen Mitarbeiter des Dafos handelt.

Bulgarien. Der Ministerpräsident Paschitsch überreichte dem König seine formelle Demission. Der König hat sie nicht angenommen und sprach der Regierung sein Vertrauen aus.

Rossau. Das Russische Zentralgezetzkomitee hat ähnlich der vierten Jahreszeit, die bereits gemeldete Amnestie auch auf die wegen gemeiner und politischer Verbrechen zu Gefängnisstrafen in Sovjetrußland Verurteilten ausgedehnt.

Odessa. Die Rossauer "Komssoj" meldet, daß die australischen Uraliner unter dem Befehl des Generals Litvinoff eine Reihe Städte besetzt haben. Bei der Eroberung von Chitomir wurden 3000 Kommunisten getötet. In Odessa ist die Mobilisierung angeordnet worden.

##### Englisch-französischer Zwist wegen Angora.

###### Mit der Ententeidee nicht vereinbar.

In Paris hat die englische Denkschrift über die Einbarungen Frankreichs mit den türkischen Nationalisten in Angora derart peinliches Erstaunen erregt, daß man die Denkschrift im Wortlaut gar nicht zu veröffentlichen wagte. Sie soll einen ungemein bestimmten Ton anschlagen. Es heißt darin, wie bekannt wird, dieses Sonderabkommen sei mit einer türkischen Entente nicht vereinbar. Es wird hervorgehoben, daß entgegen dem Frankreich übertragenen Mandat die Winderheiten keinen Schutz mehr geniehen, daß die Zurückziehung der französischen Truppen innerhalb zweier Monate dem englisch-französisch-italienischen Abkommen von London zuwiderlaufe, daß die Eisenbahnlinien teilweise türkisch bleiben und die Garantien ver-

lieren, daß die wirtschaftlichen Koncessionen beim Londoner englisch-französisch-italienischen Abkommen zu widerlaufen.

Man will die Note sofort nach Irland in Washington vorleiten, da das Kabinett ohne Briand nicht die Verantwortung für die Beantwortung übernehmen will. Die englische Regierung betrachtet die durch den französischen Friedensschluß mit Angora geschaffene Lage als sehr ernsthaft, wie aus London berichtet wird. "Daily Chronicle", offenbar auf Grund von Informationen von höchster Regierungsstelle, warnt Frankreich. Das Blatt schreibt von neuen großen Schwierigkeiten in den Beziehungen zwischen England und Frankreich. Der Artikel erläutert ausdrücklich ein Weiterbestehen der Allianz sonst für unmöglich.

### Welt- und Volkswirtschaft.

\* Der deutsch-französische Handel. Nach der Statistik des deutsch-französischen Handels in der Zeit vom 1. Januar bis 31. August d. J. hat die Einfahrt nach Frankreich den Wert von 1.758.735.000 Frank erreicht. In diesem Wert sind etwas über 6 Millionen Tonnen Kohle, die auf Grund des Friedensvertrages von Versailles gefliest wurden und die mit 892.313.000 Frank auf Reparationskonto geschrieben wurden, enthalten. Deutschland hat also nur für 866.482.000 Frank Ware innerhalb neun Monaten nach Frankreich eingeführt. In der gleichen Zeit des Jahres 1921 hat Frankreich nach Deutschland eingeführt 1.622.940.000 Frank Ware; das bedeutet gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahrs 1920 eine Verdopplung der französischen Einfahrt nach Deutschland.

\* Amerikanische Furcht vor dem deutschen Schiffsahrtswettbewerb. Das amerikanische Schiffsahrtamt beabsichtigt, keine neuen Schiffe auf der Linie New York—Plymouth—Cherbourg—Bremen—Danzig im Dienst zu stellen, um dem drohenden Wettbewerb der deutschen Linie zu begegnen.

\* Deutsch-englischer Handelswettbewerb. Im englischen Unterhause teilte Baldwin mit, daß die Einfahrt Deutschlands in den ersten neun Monaten des Jahres 1921 rund fünfzehn Milliarden Pfund Sterling betragen habe gegenüber zwanzig Milliarden Pfund Sterling im gleichen Zeitraum des Vorjahres und achtundfünfzig Millionen Pfund im Jahre 1913.

### Am 20. November

#### Stadtverordnetenwahl. Wahlzeit 9—5 Uhr.

##### Wahllokal: Schule.

Stimmberechtigt sind alle rechtsdeutschen Männer und Frauen, die am Wahltag des 20. Lebensjahre vollendet und in Naumburg ihren weiblichen Wohnsitz haben.

**Besitz des Bürgerrechts ist nicht erforderlich!**  
**Wahlrecht bedeutet Wahlpflicht!**

**Wer nicht wählt, übt Verrat am Bürgertum.**

Wer nicht will, daß auch Naumburg dem roten Anklage mit all seinen Folgerungen erliegt, der wählt am 20. November die gemeinsame Liste aller bürgerlich Denkenden, die

### Liste des Naumburger Bürger-Ausschusses:

- 1) Schimpf, Walther, Kaufmann, Goethestraße 15
- 2) Harturth, Willy, Baumeister, Oststraße 7
- 3) Wendl, Kurt, Kaufmann, Gartenstraße 16
- 4) Dieche, Albert, Eisenbahn-Oberschreiber, Bahnhofstr. 16
- 5) Mischewitsch, Wilhelm, Buchdruckereibetrieb, Leipzigstr. 11
- 6) Spindler, Max, Beder, Adolf Albert Straße 9
- 7) Wagner, Hermann, Privatmann, Gartenstraße 63
- 8) Krath, Theodor, Böckermeister, Grimmauerstraße 15
- 9) Friedemann, Ernst, Ober-Polizeiaffoor, Bahnhofstr. 7
- 10) Becker, Hans, Kaufmann, König Albert Straße 19

### Preußische Minister.

#### Die Männer der Koalitionsregierung.

In dem unter der Präsidenschaft des Sozialdemokraten Otto Braun zusammengetretenen Kabinett für Preußen befindet sich eine ganze Anzahl junger Männer, wenigstens neu auf dem Ministerposten, wenn sie auch sonst im staatlichen Leben schon als Politiker und Parlamentarier eine Rolle gespielt haben. Zunächst sollen natürlich die beiden Angehörigen der Deutschen Volkspartei auf, die sich zum erstenmal mit der Mehrheitssozialdemokratie in die Verantwortlichkeit der Geschäftsführung teilen. Es sind das die bisherigen Abgeordneten Dr. v. Richeter, der die Finanzen übernommen hat, und Dr. Voeg-



lich, der für Unterricht, Kunst und Wissenschaft als Kultusminister zeichnet. Der Demokrat Wendtendorff, ein praktischer Landwirt, wurde für das Landwirtschaftsministerium berufen, der Sozialdemokrat Seeling für den Handel. Dagegen trug Kabinettspresident Braun schon früher die gleiche Würde und verwaltete das Landwirtschaftsministerium, sein Fraktionsgenosse, der Sozialdemokrat Seeling lehrte in das Ministerium für das

Industrie und, daß er vor dem letzten demokratischen Innensenator Dominicus ebenfalls geleitet hat. Justizminister Am 2. Februar 1921 vom Zentrum wurde aus dem zurückgetretenen Kabinett übernommen. Einem Zentrumangehörigen bleibt auch das noch nicht besetzte Wohlfahrtsministerium offen, das zuerst dem bisherigen Ministerpräsidenten Siegwald angeboten wurde, der aber ablehnte. Wie es heißt, hat die Zentrumspartei für den Posten des Wohlfahrtsministers nunmehr den Zentrumsgeschäftsrat im Preußischen Landtag Hirschfeld in Aussicht genommen. Es steht aber noch nicht bestimmt fest, ob Hirschfeld, der zurzeit in Italien weilte, der Berufung zum preußischen Wohlfahrtsminister folgen wird. Hirschfeld gehört zu den Führern des Christlichen Metallarbeiterverbandes, dem er als Schlosser beigetreten war. Seit 1920 war er Bezirksleiter, seit 1920 Verbandssekretär.

### Schlussdienst.

#### Drucknachrichten vom 10. November.

##### Gegen die Wucherer.

München. Das bayerische Gesamtministerium hat zum Schutz der Verbraucher einen Erlass veröffentlicht, worin es heißt, daß viele gewissenlose Leute die Not des Volkes infolge der rapid wachsenden Teuerung mißbrauchen, um sich in trauriger Selbstflucht und Habgier möglich zu bereichern. Gegen diese Wucherer sollte durch umfangreiche Maßnahmen und empfindliche und sofort wirksame Strafen seitens der Gerichte und Polizeiorgane energisch vorgegangen werden.

##### Rückkehr aus Asien.

Umweltlinde. Hier ist der Dampfer "Namot" mit 616heimelnden aus Asien eingetroffen. Von diesen sind 20 ehemalige Kriegsgefangene und 262 zwangsgefangene Reichsdeutsche aus der Ukraine.

##### Die Fremdherrschaft in Eupen-Malmedy.

Eupen. Unter der katholischen Einwohnerschaft herrscht großer Erregung über die Anordnung, daß die nach August 1914 nach hier gefommenen Geistlichen nur noch bis Ende dieses Monats in Eupen-Malmedy bleiben dürfen.

##### Das österreichische Budget.

Wien. Nach dem Staatsvoranschlag für 1922 werden die Gemeindeaufgaben mit rund 258.229 Millionen, die Bundesfinanzen mit rund 23.325 Millionen beziffert, so daß sich ein Abgang von 164.204 Millionen ergibt, das sind 123.786 Millionen mehr als im Vorjahr. Dem veranschlagten Abgang entspricht fast genau die Ziffer der infolge der Geldentwertung entwachsenden Kurzverluste.

##### Der amerikanisch-österreichische Friede.

Wien. Der Bundeskanzler und der amerikanische Kommissar haben die Ratifikationsurkunden des amerikanisch-österreichischen Friedensvertrages ausgetauscht, der damit in Kraft getreten ist.

##### Vorschlag für ein Weltmotoratorium.

Genf. Der amerikanische Finanzmann Simpson erklärte, daß der Erlass eines Motoratoriums von 10 bis 15 Jahren für alle Schulden der europäischen Staaten in Amerika unbedingt notwendig sei, indem die Gläubigerstaaten, denen dieses Motoratorium gewährt wäre, sich verpflichteten, den finanziellen Druck auf Deutschland für einen gleichen Zeitraum zu unterlassen. Wenn dieses geschieht und die finanziellen Reparationsbestimmungen abgelehnt würden, so wäre damit schon viel erreicht und Sicherstellung zur Besserung der Wechselskursverhältnisse gegeben.

##### Die Enthronung der Habsburger.

Budapest. Die Vertreter der Großmächte verlangten von der ungarischen Regierung, die mögliche Verhüllungen treffe, daß im Zuge seines Thronabtritts auch seine Königsverwandten, die in Ungarn lebten, nicht verpflichteten, den finanziellen Druck auf Deutschland für einen gleichen Zeitraum zu unterlassen. Wenn dies geschieht und die finanziellen Reparationsbestimmungen abgelehnt würden, so wäre damit schon viel erreicht und Sicherstellung zur Besserung der Wechselskursverhältnisse gegeben.

##### Südbosnischer Vorstoß gegen Albanien.

Rom. 40.000 Mann serbische Truppen in vorzülicher Ausstattung haben das Drinufer aus vielen Batterien beschossen und halten das Drinatal. Die Serben sind verstört, während sie im Kampf der Serben und die Bevölkerung massakriert. Die Situation für die Tirana-Regierung ist ohne Rücksicht auf die tatsächlichen Verhältnisse unerträglich. Der geplante Rückzug ist nicht mehr möglich.

##### Egmont Karl auf See.

Konstantinopel. Der englische Kreuzer "Coburg" ist mit dem ehemaligen ungarischen Königspaar an Bord in Konstantinopel angelommen und sofort nach Gibraltar in See gegangen.

##### Gefändnis des österreichischen Mörders.

Tolosa. Der Mörder des Premierministers Hora hat eingekennen, daß er das Attentat schon seit langem geplant habe. Er habe im Sommer einen Dolch gekauft und mehrere Male eine Gelegenheit gefunden, den Ministerpräsidenten zu töten.

### Wer ist wahlberechtigt?

Diese Frage drängt sich bei den bevorstehenden Naumburger Stadtverordnetenwahlen manchem auf, der die einfältigen Gelehrten nicht kennt. Wir machen deshalb den betreffenden Paragraphen des diesjährigen Ortsgesetzes bekannt: Stimmberechtigt sind alle deutschen Männer und Frauen, die am Tage des Abschlusses der Wählertafeln das 20. Lebensjahr vollendet und im Gemeindebezirk ihren weiblichen Wohnsitz haben.

Ausgetragen von der Stimmberechtigung ist, wer 1. entmündigt ist oder unter vorläufiger Vormundschaft steht, 2. im Konkurs ist, 3. infolge eines rechtkräftigen Urteils der bürgerlichen Ehrenrichte erlangt.

Dann wiederum: "Habt, was denn?" stimmt.

Die Bachmänner in der Stube. Gliedern und ja. Ja. Sie hat

zum großen X ist zweierlei.

— Naunho

Denkmalsaus

Die Verhandlung

Partei schw

waren, bis spä

erfolgt, von de

geplanten Welle

einigte sich nach

hinter der Pare

nahmen. Da

konnte, so die

gebräucht werden

zur Verfügung, i

jumal nunmehr

blieben die

Naunho

war der Geleit

demokratischen hat. Zustand wird aus dem Zentrum- und Wohlfahrtsministerium, aber aber ab- sichtlich für den Zentrum- und Zisterne ist in bestimmt, der Be- folge leisten Christlichen und betreten Verbands-

ber.

um hat zum sich, worin es Solfes infolge sich in starker Gegen diese einen und empfundenen der Ge- erben.

„lot“ mit 615 diesen sind eigene Reichs- u.

post herrschte August 1914 Ende dieses

werden die Filialen, die offert, so daß sind 123 786 den Abgang entwertung

amerikanische Kom- amerikanisch- er damit in

erson er- bis 15 Jah- Amerika un- benen dieß finanzieren zu unter- keiten Repara- schon viel schaffensver-

langten von gen treffen, eine Königs- Der unga- s im gegen- in das stadt, die- füchtigkeit des verschoben.

vorläufiger be- ter sind zer- Städterung ung ist ohne ehemalig Anlaß Woche nach

“ ist mit in Konstan- See ge- hat einge- plant habe. reitere Maie iden.

gt?

en Naunhofer aligen Gelehr- graphen des alle deutlichen Wählerfrüchten ihren wesent- lich, entmündigt Konkurs „C“ Chancen-

Jungen. ember 1921.

2. 2. 2. Beginn ed Waffen- e. — Ab-

1. Büdnen. sein wei- den, daß es en Lebens, fröhlichen — doch aus, jahr- ur vor sich weg un- weg un- seinen eigenen und wenn es immer ist so Man muß endenergi- Schaf

zum großen Teil selbst gestalten. Über Wünschen und Wollen ist zweierlei. Wünschen ist Schwäche, und Wollen ist Kraft.

Ps. 4.

— Naunhof. Am Dienstag Abend lagte zum ersten Male der Denkmalsausschuß in Gemeinschaft mit den Vertretern der Stadt. Die Verhandlungen gestalteten sich anfangs sehr schwierig, da beide Parteien schwer von ihrem zu vertretenden Standpunkt abzubringen waren, bis schließlich eine Richtung gefunden wurde, die gangbar erschien. Von dem ursprünglichen Plan, ein Denkmal in der bereits geplanten Weise zu errichten, wurde Abstand genommen, und man einigte sich nach langer Beratung dahin, einen Heldenkain, der hinter der Parientationshalle angelegt werden könnte, in Aussicht zu nehmen. Da von Seiten der Stadtvertreter sofort mit größeren Summen (die aber nicht aus Stadtmitteln stammten), gedient werden konnte, so durfte dieser Plan in nicht zu ferner Zeit zur Ausführung gebracht werden können. Bis zur Stunde liegen gegen 25 000 Mk. zur Verfügung, diese Summe reicht über bei weitem noch nicht aus, zumal nunmehr auch noch ein Unterstützungs fond für die Hinterbliebenen ins Auge gelegt ist.

— Naunhof. Das große Ereignis der vergangenen Woche war der Gesellschaftsabend des Sportvereins Naunhof, der erneut bewies, daß der junge lebenskräftige Verein seinen beachtenswerten sportlichen Leistungen gefülltheitliche von gleicher Höhe zur Seite stehen kann. Was der großen Saal der Feste am Sonnabend in dem festlich mit Blumen geschmückten Sternsaale gegeben wurde, war von sehr guter, zum Teil von hervorragender Qualität. — Der 1. Vorsitzende des Sportvereins, Herr Erich Peltrich, begrüßte die Gesellschaftsmahl mit herzlichen Worten. Darauf übernahm Herr Albert Otto, allen Naunhofern noch aus der Hera Großkopf in besserer Erinnerung, mit lustigen Einfällen das zum Blauen geladen, als Anhänger die Überleitung des Festes. Es gelang ihm glänzend, die Stimmung immer auf der Höhe zu halten. Er sang im späteren Verlauf des Abends mit Frau Edita von Sacharewicz, die außerdem noch sonnige Chansons mit viel Temperament vortrug, einen auf starke Wirkung gestellten Gesangsbeitrag: „Bojajo und Rotombe.“ Freudentag Alja Mars lang mit ihrem weichen Mezzosopran erste und heitere Lieder zur Laute, ganz wunderbar sein das Wiegenlied: „Slap, min Kind!“ Für Hermann Engelmann war Herr Ernst Bodekow, der beliebte Künstler vom Operettentheater Leipzig, eingelungen und bat, sprühenden Lebens voll, Lieder und Operettenschlösser. Mit sein abgestimmter Empfindung sang er die Romanze „Rohoko“, ein Jörg aus dem Park von Sanssouci. Die musikalische Leistung hatte Herr Conrad Richter. Das Programm enthielt auch die Namen zweier jungen Söhne unserer Stadt; Herr Kurt Kaufmann bat Gaben seiner Geliebten; bewundrungswert seine scharfe Bogenführung und die unfehlbare Reihenheit seines Tons, auch in höchsten Fagottotlagen. Herr Erich Wachter war ein außergewöhnlicher Begleiter am Klavier. Der Chor des Abends war das Tänzerpaar Geisswitzer Schring, von ihrem Vater am Klavier mit fortreffender Schwung begleitet. Sie zeigten sowohl im eindrucksvollen Tanz (die Serenade von Toselli), als auch im modernen Salontanz die vollendete Form. Begeistert aufgenommen wurden die Augenblitthilfbilder vom Sport, von Sangmannen des Sportvereins wirkungsvoll dargestellt. Ruhig und edel in der Linie war besonders das Bild „Diskuswerfer“, harmonisch gruppiert und lebendig im Ausdruck das „Jed“, humorvoll der „Tschall“. So lösten in interessanter Folge verschiedene Darbietungen einander ab und wurden von der aufmerksamen Zuschauergemeinde mit dankbarem Beifall gelobt. Hohe Anerkennung gebührt der Leitung und den gesamten Mitwirkenden. Es war ein Altkunstlobend, wie ihn ein anderer Verein in solcher vorzüglichen Qualität nicht leicht bieten wird. Die grohe Opferwilligkeit, die in den Kreisen des Sportvereins herrschte, darf ihr ermblogt. Sie war es auch, die die Tombola so überaus reich und wertvoll ausgelost hat, jedoch darf ein Riesenbedürfnis um die Glückstrommel einschließen. Auch Würstchen- und Brötchenpendeln in reicher Fülle ihren Segen, und die Stimmung kam mehr und mehr ins rohren. Waren natürlich auch die flotten Tanzweisen unter lädiertem Kapelle großen Anteil daran. Auch beim Tanzen, beim Verkauf der interessanten gehämmerten Metzgerbretter usw. stieß jeder gern einen Obolus, jedoch im ganzen ein ansehnlicher Betrag die Menge gelohn haben wird. Dieser Überbrückung soll zur Tätigung der Sporthilfs-Baukosten verwendet werden, bedenkt also auch einen Spur vorwärts in der edlen Sportsoße. Abgeht der Weg immer aufwärts gehen! — Wgd.

— Naunhof. Spurious ist der 9. November, die Revolutionsfeier, in unserer Stadt nicht vorübergegangen. Von 11—12 Uhr wurde Mordkomitee veranstaltet, um Nachmittag verjammelte der Führer der U. S. P. Herr König seine Getreuen zu einer Aufführung auf demselben Platz und hielt eine längere Ansprache. Am Abend fand eine öffentliche Versammlung statt, die sehr gut besucht war.

— Wenn man kommunalisierten würde. Im Stadtoberordnetenkollegium hat die Errichtung eines Aufstellers im Neuen Rathause mit 31 gegen 25 Stimmen beschlossen. Die Vorlage fordert insgesamt 5246653 Mk., wobei die sich immer wiederholende Weinbefreiung mit 2250000 Mark eingebracht ist.

— Vorschlag für Beamte. Die demokratische Fraktion im höchsten Landtag hat folgenden Antrag eingebracht: „Der Landtag wolle befähigen, die Regierung zu erlauben, alle Dienststellen, die nicht in der Lage sind, auf Grund der neuen Besoldungsordnung den Beamten und Lehrern zustehenden Verdienste sofort bezahlen zu können, spätestens Ende November einen Vorschlag von 1500 Mark an jeden Beamten und Lehrer auszuzeichnen.“

## Der Wahrheit Sieg.

Roman von Erich Einstein.

und auf Deine Botschaft wart ich!“ hat er ihr gesagt. Vor dem Vater hat sie in kindlichem Schrecken geschwiegen. Jetzt aber kommt sie selber, ihm die Botschaft zu bringen! Ja, nur Regina kann es sein!

Stilleinheit reicht er das Fenster auf und schwingt sich hinaus auf das Vorbad des offenen Schuppens.

Zwei Stunden später steht er unten am Nasen. Ein schmales Streifen links dicht an der Haussmauer ist vom Mond erhellt, sonst alles stockdunkel ringsum.

„Regina!“ ruft er leise mit vor Glück und Freude bebender Stimme. Dann prallt er erschrocken zurück. Auf seinem Rücken die weibliche Gestalt stummu aus dem Dunkel getreten. Aber es ist nicht Regina.

„Bachwirtin! Du!“ Was willst denn da bei nachtschlafender Zeit?“ stammelt er bestürzt, enttäuscht, unsicher einen Arger zu verbergen. Sie sieht ihn traurig an, während ein bitteres Lächeln ihre Lippen kräuselt.

„Ja, bloß ich bins! Zu sagen hab ich Dir was, Müller.“

„Ist? Wissen in der Nacht? Warum?“

„Beim Tag traunt sich eins ja nicht mehr heraus. Hast's selber gehört neulich, wie sie reden von uns, die Deut. Und die Wabi gar, die kann mich gar nicht ausstehen, legt mir alles gleich schlecht aus. So hab ich mir halt gedacht, ist am besten in der Nacht, weil Du selber ja auch mit mehr zusprichst in meiner Wirtschaft.“

Heidrich macht eine ungeduldige Bewegung.

„Aber wenn Dich wer sieht da, nachher ist das Gerede erreich fertig! Hältst mir morgen Deinen Botschaft schicken.“

„Schau. Wenns mir ganz heimlich sein müht, daß ich Du sag, was vorgeht, Müller. Kommst am helllichten Tag zu mir fündig der, den ich meine, leicht was erfahren und sich denken, ich hätte Dich gewarnt.“

„Red deutlich. Wer ist der und was will er mir antun?“

Sie deutet sich ganz dicht an ihn heran und zieht ihn in das Dunkel des Schuppens.

„Der Oberwalter Antonhäuser,“ flüstert sie, und dann erzählt sie ihm alles, was der ihr heute gesagt hat. Nur von seiner Liebe und dem Heiratsantrag schwieg sie. Zuletzt schließt: „Zetz weiß es. Lieber Nacht, wenns ihm einfällt, Du das Wasser megzunehmen, faunst ein Bettler sein. Realisch hab ich Dir geraten, es mit der Gemeinde zu halten und Pro-

die bei den Behörden anhängig gemacht worden sind, zählen nach hunderten.

## Rah und Fern.

— Ein Karnevalswort für ganz Deutschland? Wie verlautet, hat man höheren Ortes in Anregung gebracht, daß ein Verbot des Karnevals nicht nur für den Umfang einer Provinz, sondern für ganz Deutschland erlassen werde. Es soll darüber verhütet werden, daß die Karnevalsfreudigen Leute etwa aus einem Bezirk, wo ein Verbot besteht, in anderen Bezirken ihre Feste feiern. Der Antrag an die Reichsregierung wird mit der Unsicherheit der politischen Lage und der gewaltigen Teuerung begründet.

— Großfeuer. In der Nacht zum 8. November ist im Anwesen des Landwirtes Eisenhut in Rohrbach bei Eppingen Großfeuer ausgebrochen, das in Folge starter Wiederkäuer und sieben Scheunen niedergebrannt. Das Feuer konnte geringt werden. Der Schaden wird insgesamt auf etwa anderthalb Millionen Mark geschätzt.

— Ehrendoktor Swinner. Arthur v. Swinner, der frühere Direktor der Deutschen Bank in Berlin, ist von der naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Frankfurt für seine Verdienste auf verschiedenen Gebieten der Naturwissenschaften zum Ehrendoktor ernannt worden.

— Wiederausbau in Oppau. Die Aufräumungs- und Wiederherstellungsarbeiten an dem vor sechs Wochen zerstörten Stahlrohrwerk Oppau schreiten rasch vorwärts, und man hofft, bereits am 1. Dezember mit der Fabrikation, besonders der Ammoniumherstellung, wieder beginnen zu können. Was die Wiederherstellung von Oppau anbetrifft, so ist jetzt zu übersehen, daß etwa vierhundert Häuser neu aufzubauen sind. Über fünfhundert können durch mehr oder minder große Ausbesserungen wieder wohnfähig gemacht werden.

— Eröffnung von Dieben. 64 Beamte hatten in der Noßauer sozialen Schafstall gestohlen. Der Oberste Gerichtshof hat mehrere von ihnen erschlagen lassen. Der Wert des gestohlenen Schafmetalls beträgt 15 Milliarden Sowjetrubel.

— Donauüber am der Arbeit. Der ungarische Dampfer „József Bartók“ wurde bei Preßburg von Banditen überfallen. Es wurden 30 Röllis im Wert von 60 Millionen gekraut, darunter auch der Koffer eines diplomatischen Kuriers des Ministeriums des Außen, der wichtige Dokumente enthielt.

— Fünfzehn dänische Flüchtlinge vermisst. Während des letzten orkanartigen Schneekurms befanden sich in der Nordsee fünfzehn dänische Flüchtlinge, von denen man seitdem nichts mehr gehört hat. — Aus englischen Kasernen wird gemeldet, daß eine Anzahl Flüchtlinge eingeschlossen worden sei, und man hofft in Dänemark, daß sich die vermissten dänischen Schiffe darunter befinden.

— Verhaftung einer internationalen Falschmünzergesellschaft. In Norddeutschland sind seit einigen Wochen falsche holländische Hundertguldennoten in größerer Menge aufgetaucht. Jetzt sind in Hamburg drei Falschmünzer verhaftet worden, darunter ein Kommissär, der durch andere Personen die Falschmünze umwechseln ließ. In Holland kommen zwei Mitglieder der Bande verhaftet werden. Es handelt sich um eine internationale Gesellschaft, die die Guldennoten in Holland herstellen und von Hamburg aus verteilen ließ. Wie viele derartige Scheine in den Verkehr gebracht worden sind, konnte nicht festgestellt werden, doch soll es sich um sehr beträchtliche Werte handeln.

— Giftnordversuch an den eigenen Kindern. In Erfenswied erkrankten, wie aus Dortmund gemeldet wird, die Eheleute Stöhr und ihre beiden Kinder wiederhol an Vergiftungsercheinungen. Die ärztliche Untersuchung ergab, daß in den Speiseresten und in dem Salzschaf Asenit vorhanden war. Der 60jährige Vater des Stöhr wurde jetzt unter dem Verdacht der Täterschaft festgenommen. Er gestand ein, das Gift in das Salzschaf geben zu haben.

— Ein mißverstandener Hollerbrand. In verschiedenen Südtiroler Tälern werden nach altem Volkstradition an hohen Herbsttagen mit Säuglingen gefüllte Kräppen gebacken. Es schleichen sich dann die Burschen nächtlicherweise zu ihren Bekannten, um eine Kostprobe zu ergattern. So geschah es auch, wie man aus Meran berichtet, in diesem Jahre zu Überhellingen in St. Walburg. Die landstreitenden Karabinieri fannen den Brauch nicht. Sie verfolgten die vermeintlichen Räuber und schossen nach einem, der geflohen war. Er wurde getroffen und starb an den erlittenen Verletzungen.

— Sie schweigt. Aber Dank und Zustimmung, auf die sie gerechnet hat, bleiben aus. Nur ein Seufzer klingt leise, halb unterdrückt aus dem Dunkel zu ihr, und dann die beklemmende Frage: „Warum verzerrst mir das alles, Bachwirtin?“ Hab gemeint, nach dem, was ich letzthin geschen habe, daß der Inspektor Dich gern hat und Du ihn auch?“

„Ich?“ Martina führt erregt auf. „So? Das hast gemeint? Nachher muß ich ganz dinne sein, Heidrich.“

„Sie greift im Dunkel nach seiner Hand.“

„Weil ich freundlich war zu ihm! Und mit wollen hab, daß er einen Käuz auf Dich wirkt!“ So schleckt Martina den Burschen mit Säuglingen gefüllte Kräppen gebacken. Es schleichen sich dann die Burschen nächtlicherweise zu ihren Bekannten, um eine Kostprobe zu ergattern. So geschah es auch, wie man aus Meran berichtet, in diesem Jahre zu Überhellingen in St. Walburg. Die landstreitenden Karabinieri fannen den Brauch nicht. Sie verfolgten die vermeintlichen Räuber und schossen nach einem, der geflohen war. Er wurde getroffen und starb an den erlittenen Verletzungen.

— Kein,“ antwortet er, ohne Zögern, in festem Ton. „Mein Heimatdorf verlassen, die Gemeinde hinterließ im Stich lassen, das erlebt Du nie, Bachwirtin!“

„Und wenn er Dir Wasser wirklich nimmt? Wenn Deins Mühl fehlen muss?“

„Bleib ich immer noch der Bauer Heidrich. Ein Stück Brod wird wohl eintragen, und lieber trocken Brod essen, als ein schlechter Käuz werden, der die andern im Stich läßt, um das seine zu retten. Kein, Bachwirtin, so einer bin ich nicht.“

„Die andern, die andern!“ stöhnt sie erregt heraus, „die Dich abgezogen haben und Dir nig Gutes mehr zutrauen, zu z. Bachen ist, wenn Du darum.“

„Bach, Bachwirtin! Ich hindere Dich nicht.“

„Er fühlt plötzlich ihren Atem heiß über sein Gesicht streichen.“

241,2

